

2026-04-17

# **Ursula von der Leyens Covid-App gegen die Redefreiheit – und wie die EU-Chefin die Axt an demokratische Grundrechte anlegt**

**Roman Zeller interviewt Joachim Steinhöfel  
(Transkript eines Videos)**

Grüezi miteinander! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu einer weiteren Ausgabe von Weltwoche Daily Spezial. Mein Name ist Roman Zeller und heute haben wir einen hochinteressanten Gast, einen gern gesehenen Gast hier in der Sendung: Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel, Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit, der eben die Mitteilung herausließ, dass er ein Buch geschrieben hat, das am 19. Mai erscheint: „Der Staat gegen Steinhöfel – wie der Staat das Recht beugt, die Meinungsfreiheit attackiert und warum Sie – und damit sind Sie, ich, angesprochen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer – der Nächste sind“. Und damit sind wir auch gleich beim Thema.

Herr Steinhöfel, ganz herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen.

Frau von der Leyen, die EU-Kommissionspräsidentin, hat vor den Medien vorgetragen, dass man eine Art Covidzertifikat für den Zugang zu den sozialen Medien bereithalte. Wie haben Sie diese Nachricht empfangen? Wie denken Sie darüber? Was bedeutet das für uns, für die Bürger der EU, vielleicht sogar auch für die Schweizer? Worum geht es da konkret?

*Sie haben ja ebenso freundlich den Titel meines Buches vorgelesen und die Unterüberschrift, und das kann man in Zusammenhang mit dem, was wir jetzt von Frau von der Leyen gehört haben, geradezu als prophetisch bezeichnen. Der neue Feind, nicht nur Gegner, der neue Feind der Meinungsfreiheit und der Bürger eines freien Bürgertums in der europäischen Gemeinschaft, in der EU, ist der Staat. Und das, was Frau von der Leyen jetzt angekündigt hat, ist genau das, was ich auch beschreibe. Ein weiterer Schritt eines restriktiven Überwachungssystems, das implementiert werden soll, um Bürger von Machtkritik abzuhalten und einzuschüchtern.*

*Fangen wir mal mit ihrer Körpersprache an. Sie hat ja – den kann man sich bei X angucken und auch an anderen Orten – sieben, acht Minuten gesprochen und diese App vorgestellt. Das alles läuft unter dem Vorbehalt des Kinderschutzes. Ja, wer könnte denn gegen Kinderschutz sein? So haben auch die Schweine in George Orwells „Farm der Tiere“ argumentiert: „Ja, wollt ihr denn, dass der Tyrann, dass der Farmer zurückkommt“, um so jegliche Kritik an den Änderungen, die wir alle kennen aus dem Buch, moralisch zu delegitimieren.*

*Genauso geschickt und clever macht das hier die EU und macht das hier Frau von der Leyen, indem sie sagt, wir machen das ja nur zum Kinderschutz. Und sie hat dabei auch den verräterischen Satz gesagt, den lese ich vor, den habe ich mir hier ausgedruckt. Sie sagt: „Es ist Aufgabe der Eltern, ihre Kinder zu erziehen, nicht die der Plattformen.“ Sie stellt aber nichts vor, was Elternziehung betrifft, sondern sie stellt eine staatliche Zugangsinfrastruktur zum Internet vor.*

*Es ist ja ganz – ich kam auf die Körpersprache zu sprechen eingangs. Ich habe von der Leyen gesehen, wie sie kaltschnäuzig und unaufrichtig und selbstgefällig und grinsend in der Hoffnung, dass diese Infrastruktur, die sie hier plant, vom Bürger akzeptiert wird, weil es ja um den Kinderschutz geht. Was hier aber tatsächlich geplant ist, ist eine App. Angeblich bleibt ja alles anonym. Die eine Zugangsschranke zum Internet darstellt. Man muss sich identifizieren, bevor man Zugang zu Informationen erhält. Das ist natürlich alles anonym. Das ist ja eine glatte Lüge, denn jeder weiß, Google macht das, Meta macht das, alle machen das. Jedes Endgerät erzeugt eine ID und dann weiß man, wer es ist.*

*Das heißt, sobald man ins Internet reingeht, auf Plattform oder woanders, und in dieser App muss man ja seinen Pass oder Personalausweis hochladen, um sich auszuweisen, dass man volljährig ist. Nur darum geht es angeblich. Dann ist die Infrastruktur da, um komplett jedes Suchen, Recherchieren, jede Meinungsäußerung, jeden Besuch von Plattformen staatlich zu überwachen und zu erfassen. Mag ja sein, dass das jetzt nicht getan wird, aber die Infrastruktur ist da.*

*Was bedeutet das konkret? Warum ist diese App, die sie da sagt, dieses Zertifikat, warum ist das so gefährlich? Nicht nur für Kinder, für Erwachsene auch.*

*Es ist für jeden Bürger und für die Ausübung von Grundrechten gefährlich, weil damit der Staat sich die Möglichkeit schafft, durch einen riesigen Datenpool jeden einzelnen Bürger in dessen Wahrnehmung von Grundrechten zu überwachen. Es ist wie eine Zugangsschranke: erst den Ausweis vorzeigen, dann kommt man rein. Und damit kann alles, was Sie oder ich oder jeder andere machen, was Journalisten machen, was private Leute machen, überwacht werden und nachvollzogen werden. Und theoretisch kann man ohne weiteres eine riesige Datei anlegen, in der man das gesamte Informations-, Äußerungs- und Bewegungsprofil eines Menschen im Internet nachvollzieht und dokumentiert.*

*Dann hat sie ja erwähnt, das sei alles open source, also ein offener Quellcode, damit jeder sehen könnte, wie das funktioniert. Ich würde das mal so verstehen, damit auch andere Staaten außerhalb der EU diesen wunderbaren Kinderschutzmechanismus einsetzen können. Ich würde das mal unter dem Gesichtspunkt sehen: Man stellt die Software auch totalitären Regimen zur Verfügung. Denn was macht der Iran, wenn er diese Software hat? Jeder Oppositionelle in irgendeinem unterdrückerischen oder nicht demokratischen Staat kann dann diesen Code nehmen und zur Unterdrückung seiner Bürger einsetzen. Das heißt, die angeblich noch demokratische EU stellt die Überwachungsinfrastruktur jedermann und damit auch China, Weißrussland, Nordkorea, dem Iran und anderen nichtdemokratischen Staaten zur Verfügung und verkauft das alles kaltschnäuzig als Kinderschutz.*

*Es ist ein weiterer massiver, drastischer Schritt in eine Richtung, die beängstigend ist. Aus der gesamten Infrastruktur, die die EU über diese App hinaus geschaffen hat – den Digital Services Act, das DSA, das TTPA, das sind alles jetzt so Abkürzungen, wo die Leute, wenn sie das hören, fragen: Was sind denn das für Regelungen? Das sind Verordnungen,*

*die die Plattformen reglementieren sollen, mit brutalen Strafen bis zu sechs Prozent des Jahresumsatzes, Weltjahresumsatzes. Da können Milliarden verhängt werden, damit der Staat Zugriff auf die Machtkritik auf den Plattformen erlangt.*

*Politische Werbung wird verboten. Wenn Sie dieses Video in Deutschland bewerben wollten, wäre das politische Werbung, weil die Definition so ungenau ist. Warum nicht? Sie sind ein Medium. Man kann seine eigenen Produkte bewerben. Man kann, wenn das neue Heft erscheint, es bewerben. Man kann Videos machen, die Kommentare von Herrn Köppl oder was weiß ich enthalten, weil man da Reichweite erreichen möchte. Viele in Deutschland machen das auch. Die Plattformen haben alle aufgehört, diese Werbung zuzulassen. Die sagen, das ist so riskant. Die Regelung der EU ist so ungenau zur politischen Werbung.*

*Transparenz soll sie ja angeblich auch – was sehr gut ist, Transparenz. Tatsächlich hat sie aber aufgrund ihrer Unbefolgbarkeit aus Sicht der Plattformen dazu geführt, dass alle aufgehört haben, politische Werbung zu akzeptieren, und damit ist auch neueren Medien der Zugang oder die Bewerbung ihrer Produkte praktisch unmöglich gemacht worden. Das hat nicht den Zweck, Transparenz herbeizuführen. Das hat den Zweck, Medien, die den Machthabern nicht genehm sind, einzuschränken und zu reglementieren und in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung einzuschränken.*

*Und das sind alles einzelne Schritte und Produkte, die in unglaublich langen Verordnungen – 150 Seiten können Sie dann dadurch lesen – niedergelegt sind und gehen alle in die gleiche Richtung: Machtkritik eindämmen, Machterhalt für die Eliten bewahren. Und das hat dazu geführt, was wir auch erleben: In Deutschland ist die Strafjustiz, die da schon instrumentalisiert wird. Wegen lächerlicher Kleinigkeiten werden auch Journalisten verfolgt. Die Aktion des Guten, da gibt es ein Verfahren. Ich habe diverse Verfahren am Hals. Ich gewinne natürlich alle, aber nicht jeder. Ich bin ja Selbstanwalt, ich kann mich selbst vertreten.*

*Meine Damen und Herren, bitte verzeihen Sie diesen überfallartigen Unterbruch. Ich werde das Mikrofon selbstverständlich dem Moderator gleich wieder zurückgeben. Doch vorher habe ich noch eine ganz wichtige Durchsage: Abonnieren Sie die Weltwoche. Gegensteuer, die andere Sicht. Unabhängig, kritisch, gut gelaunt. Seit über 90 Jahren. Jedes Abo eine Liebeserklärung an die Meinungsvielfalt. Alle Angaben und Informationen finden Sie unter diesem Video. Vielen herzlichen Dank.*

*Wenn Sie einen Schwachkopf wie Robert Habeck verteidigen, müssen Sie einen Strafverteidiger nehmen. Wer kann das bezahlen? 1000 Euro Strafbefehl. Den akzeptiere ich dann mal, weil der andere Weg und das Verfahren vielleicht noch teurer ist. All das sind kleine Mosaiksteinchen in einem Gesamtkomplex, der in die gleiche Richtung geht: den Bürger einschüchtern, den Bürger schikanieren, einen Chilling Effect, Angst davor zu implementieren, noch etwas zu sagen.*

*Stellungnahme: Anonymität ist ein Verfassungsrecht bei der Meinungsäußerung. Die Meinungsfreiheit steht nicht unter dem Vorbehalt, dass man vorher seinen Namen sagt. Klarnamenpflicht ist glasklar verfassungswidrig in Deutschland und auch in der EU. Das darf man nicht verlangen, weil nicht jeder ein Held sein muss und der darf auch seine Meinung, wenn sie sich im Rahmen der Gesetze bewegt – was eine Meinung ja eigentlich im-*

*mer tut und auch darf –, auch andere Äußerungen tun, nur darf er nicht gegen Gesetze verstoßen, aber muss nicht seinen Namen nennen.*

*Wenn man das jetzt noch einführt: „Ah, Herr Zeller, Sie haben noch dies und jenes damals vor drei Jahren gesagt, haben wir alles gespeichert. Wenn Sie sich woanders bewerben ...“ Gott bewahre, dass Sie zum Schweizerischen Fernsehen wechseln. Wir wollen Sie ja bei der Weltwoche behalten. Aber dann kann man alles erfassen. Und die Auswirkung auf den normalen Bürger, der sich gerne mal über etwas aufregt und sein Grundrecht wahrnehmen möchte, sind natürlich: Der sagt sich, das ist mir zu riskant, die erfassen das alles, die haben meine Daten, dann sage ich lieber nichts mehr. Schrecklich. Dystopisch.*

Legt hier Ursula von der Leyen, die EU-Chefin, die Axt an die demokratischen Grundrechte? Sind sie schon längst gefällt oder ist das zu überspitzt, zu verfrüht, noch in weiter Ferne?

*Diese Leute sind ja nicht dumm, sondern klug und geschickt und wissen mit den Institutionen und den Regularien zu spielen. Die stellen sich da nicht plump hin und sagen: Jetzt wird hier Kritik an der Regierung verboten. Das macht man anders. Das macht man Schritt für Schritt. Das macht man mit kleinen Änderungen. Man schiebt wie hier den Kinderschutz vor oder eine Transparenzrichtlinie oder man erfindet nebulöse Begriffe wie Hass und Hetze, die nichtssagend sind, an Stelle von strafbaren Inhalten, um das, was verboten ist, auszudehnen.*

*Sie dürfen hassen, Sie dürfen hetzen, Sie dürfen nur nicht verleumden und beleidigen und üble Nachrede ausüben. Aber durch den Begriff Hass und Hetze wird das erweitert. Das ist auch eine kleine Stellschraube hier, eine kleine Stellschraube da. Überall wird dieser Begriff benutzt. Der ist so schön alliterativ, um Menschen einzuschüchtern und zu sagen: Ja, es könnte ja schon Hass und Hetze sein, und das gehört sich ja heutzutage nicht mehr. Und dieses ganze Instrumentarium wird immer mit guten Gründen Schritt für Schritt weiter implementiert.*

*Dann gibt der DSA die Möglichkeit, ganze Plattformen im Krisenfall stillzulegen. Wann eine Krise herrscht – Klimakrise, Ukraine-Krieg, Hamas, irgendetwas Golf, Energiekrise, weil wir kein Benzin mehr bekommen –, kann ja alles immer zur Krise umgedeutet werden. Und dann sitzen da die Leute in der Kommission mit fragwürdiger politischer Legitimation und schalten entweder Sie ab, weil man jetzt ja weiß, wer Sie sind, mit dieser neuen ID, wenn sie denn kommt, oder sie schalten die Plattform ab, wenn es zu kritisch wird.*

*In Rumänien hat man die Wahlen gekippt mit einer absurden Begründung. Die Russen hätten da über TikTok die Wahlen beeinflusst. Wie sich herausgestellt hat, war es gar kein Russe, und diese Drohungen standen ja auch weiter im Raum. Also die Gesamtentwicklung ist so, dass durch Verordnung und enormen Sanktionsdruck auch gegen die Plattformen langsam aber sicher die Ausübung von Grundrechten immer mehr erschwert wird. Einmal gegenüber den Bürgern durch eine Regelung wie diese oder durch eine völlig aus dem Ruder laufende Strafjustiz oder auch durch Sanktionen der EU. Gucken Sie sich den Fall ihres Staatsbürgers Jacques Baud an. Das ist ja eine rechtsstaatliche Perversion. Er sagt, vertritt eine Meinung und wird dafür sanktioniert und in seinen Grundrechten massiv eingeschränkt. All dies sind kleine Stücke, die alle zusammen sehr gut funktionieren und immer unter dem Oberbegriff des Guten und des Wohlmeinenden formuliert sind, in Wirklichkeit aber genau auf das Gegenteil hinauslaufen: auf ein nicht mehr demokratisches*

*Gemeinwesen, sondern auf eine Machtelite, die das Instrumentarium des Rechts nicht zum Schutz der Bürger, sondern zu deren Drangsalierung, Schikanierung und Einschüchterung instrumentalisiert.*

Was heißt das für die innere Entwicklung der EU? Wo stehen wir da? Die Leute müssen sich selbst verteidigen. Getrauen sich die Menschen in der EU langsam aber sicher nicht mehr, die Meinung zu sagen? Werden sie, wenn sie es tun, immer mehr belangt? Wie sehen Sie diese Entwicklung?

*Na ja, Sie lesen in der Zeitung, dass ein Journalist wegen eines Witzes über Nancy Faeser in der ersten Instanz zu sieben Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt wurde. Das wurde dann aufgehoben, weil auch internationale Presse vor Ort war. Das war ja ein internationaler Skandal. Aber da denken Sie: Oha, sieben Monate Gefängnis, nur weil er einen Witz gemacht hat. Dann haben Sie die Verfahren in Deutschland erlebt gegen den Medienprofessor Robert Bolz. Die Bundesregierung ist gegen Julian Reichelt mehrfach vorgegangen, hat mit Pauken und Trompeten verloren vorm Verfassungsgericht und vor den Oberverwaltungsgerichten. Aber man hört immer wieder davon – man kennt dieses vielleicht in der Schweiz nicht so sehr: Jemand am Tegernsee hat ein Plakat aufgehängt mit den grünen Politikern drauf: „Wir machen das Land platt“ als Scherz. Das darf man natürlich. Dann kam die Polizei und hat eine Hausdurchsuchung gemacht. All das steht in der Zeitung. Und welche Auswirkung hat das auf jemanden, der sagt, jetzt möchte ich aber mal klipp und klar dem Merz meine Meinung geigen? Muss ja vielleicht nicht sein. Man hält den Mund, man kommt zu vorseilendem Gehorsam. Es wird keine lebhaftere Debatte mehr möglich, sondern die Menschen kehren sich in ihr Inneres, sind vorsichtig, sagen nicht mehr, was sie sagen wollen, denken nicht mehr laut, was sie kritikwürdig halten. Bei uns kommt schneller mittlerweile der Vorwurf der Volksverhetzung bei der Benennung von Problemen in der Gesellschaft als die Debatte über die Probleme, um zu einer Lösung zu finden. Dafür ist die Meinungsfreiheit ja auch da.*

*Eine ganz dramatische Entwicklung haben wir in Deutschland und in der EU.*

Und warum ist das so? Natürlich ist das formal oder theoretisch gesprochen schlimm, aber was können Sie mal vergegenwärtigen, warum das eben gefährlich ist fürs große Ganze, wenn sich Leute nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen, nicht mehr zu äußern, was sie denken? Warum ist das schlimm für Deutschland und für die EU?

*Eine freie Gesellschaft definiert sich ja in allererster Linie dadurch, dass freie Bürger sich im Rahmen der Gesetze frei äußern und auch über unterschiedliche Positionen streiten können. Das ist der Kern einer Republik, das ist der Kern einer Demokratie. Das ist der Kern des Strebens um die bessere Lösung, um den Dissens, um zu einem Ergebnis zu kommen. Das definiert eine fortschrittliche Gesellschaft. Das ist der Grundgedanke der Aufklärung. All das wird hier zur Disposition gestellt. Eigentlich haben diese Leute George Orwell gelesen, haben gesagt: Wie haben das die Schweine damals gemacht. So machen wir es auch. Da ist eigentlich Orwell auch ein Leitfaden für Systeme, die sich von einer freien Demokratie zu einer gelenkten Demokratie oder dann auch weiter zu noch weniger demokratischen Staatsverfassungen bewegen. Das Buch kann als Leitfaden dafür auch verwendet werden. Offenbar wird das gemacht und mit ziemlich großem Erfolg.*

*Jetzt höre ich, Kanzler Merz ist für eine Klarnamenpflicht. Der Mann hat ja wirklich, sorry, aber offenbar nicht einmal rudimentäre verfassungsrechtliche Kenntnisse, welche schwer-*

wiegenden grundrechtlichen Implikationen das mit sich führt. Warum eigentlich? Ich möchte sehen, mit wem ich da zu tun habe. Nein, Herr Merz, das geht Sie gar nichts an. Und wenn jemand sich an die Gesetze hält, darf er anonym Ihnen sagen, was er von Ihnen hält. Viele sind es ja nicht mehr, die ihn loben. Ich glaube, es sind noch 20 Prozent nach den letzten Umfragen. Aber egal. Man darf jeden Politiker – erfolgreich, nicht erfolgreich, hart, auch unsachlich – kritisieren, solange die Grenze zur Strafbarkeit nicht überschritten ist.

Aber Frau Paus, unsere frühere Familienministerin, hat es immer so schön gesagt, die als Vorwurf formuliert in Deutschland, dass Leute wissen, wie sie gerade noch die Grenze zur Strafbarkeit nicht überschreiten. Man könnte auch sagen, eigentlich verdient der Bürger, der sich bewusst an die gesetzlichen Grenzen hält, ein Lob, weil er sich im Rahmen des Artikel 5 des Grundgesetzes auf Meinungsfreiheit bewegt und kein Gesetz verletzt. Aber die Denkweise dieser Leute sieht man daran, dass das schon kritikwürdig ist. Und dazu passt dann auch „verfassungsrechtlich relevante Delegitimierung des Staates“. Das haben Sie sich dann ausgedacht, diesen Unsinn. Und wer den Staat verhöhnt, muss es mit einem starken Staat zu tun bekommen, hat Frau Faeser gesagt – verfassungsrechtlicher Unsinn. Oder Herr Habeck: Politische Polemik gefährdet die Demokratie. Lupenreiner Unsinn, denn man darf polemisch kritisieren. Das ist ein elementares Grundrecht. Jeder Karneval ist nichts anderes. Das soll jetzt verboten werden oder so in eine Zone bewegt werden, wo Kritik in den Bereich des Strafbaren oder Illegitimen geschoben wird.

Doofe Frage: Wie geht es Ihnen als Deutscher, als deutscher Staatsbürger? Gut, Sie können nichts dafür, dass gerade deutsche Politiker federführend sind bei solchen Machenschaften. Friedrich Merz, aber eben auch an vorderster Front Ursula von der Leyen. Wie denken Sie darüber?

Ich entschuldige mich im Namen der deutschen Bevölkerung für diese Politiker, könnte ich jetzt etwas ironisch sagen. Wie mir es damit geht? Gut, ich kämpfe dagegen. Ich schreibe Bücher, ich werde von Ihnen interviewt, ich werde von anderen interviewt. Ich hoffe, ich kann das so gut auf den Punkt bringen und formulieren, dass viele Menschen meine Argumente verstehen. Ich sage nicht, dass ich recht habe. Ich glaube natürlich, dass ich recht habe und hier auf wichtige Punkte hinweise. Aber die Gelegenheit zu haben, diese problematischen Entwicklungen zu begründen und darzulegen, warum sie problematisch sind, das ist natürlich ein Privileg, für das ich Ihnen auch danken möchte, dass Sie mir die Gelegenheit geben. Ich habe dazu ein Nummer-eins-Bestseller geschrieben. Das neue Buch, denke ich, wird auch sehr erfolgreich sein, weil es alle diese Entwicklungen sehr gut auf den Punkt bringt, meines Erachtens. Das ist, was ich machen kann. Ich bin insofern privilegiert, ich bin wirtschaftlich unabhängig, ich kann morgen Deutschland verlassen und in Südafrika, wo ich jetzt auch gerade bin, am Strand liegen die ganze Zeit. Aber ich kämpfe gern für dieses Grundrecht und für eine freiheitliche Gesellschaft. Und ich bin sehr wütend. Ich bin außerordentlich wütend über das, was da geschieht.

Und man muss sich fragen, ob es Hoffnung gibt, das abzuwählen. Irgendwie schwierig, wenn nicht hoffnungslos, aber wir kämpfen, bis der letzte Hoffnungsfunke verschwunden ist. Und dann komme ich zu Ihnen in die Schweiz.

Ja, letzte Frage vielleicht auch, das interessiert mich als Schweizer. Wir diskutieren derzeit ja über eine institutionelle, sagen wir mal gewisse Anbindung an die EU, wo man näher ranrückt an Brüssel als Schweiz. Was bedeutet jetzt dieses Vorgehen mit einer Altersgren-

ze für Social Media – zwar alles anonym, wie Frau von der Leyen sagt –, was bedeutet das für die Schweiz?

*Na ja, das sind zwei Fragen. Die Freiheit, die die Schweiz hat, ist, glaube ich, das sehen Sie auch an der Anzahl an Deutschen, die in die Schweiz kommen, weil sie eben aus Deutschland oder der EU wegwollen. Die machen das ja aus Gründen, die darin liegen, dass die Schweiz rechtlich anders verfasst ist als die EU. Und ich würde diese Unabhängigkeit, wenn ich Schweizer wäre, um keinen Preis der Welt aufgeben und mich diesem bürokratischen, semidemokratischen Konstrukt ausliefern. Eine fürchterliche Vorstellung, dass die Schweiz nicht mehr die Schweiz ist, sondern plötzlich nur noch ein kleiner Staat in einer EU und drangsaliert und schikaniert wird von den großen EU-Staaten, die allerdings ja auch auf einem wirtschaftlichen und zivilisatorischen abschüssigen Gleis sind, wenn Sie sich die Zahlen angucken in Deutschland, Frankreich, England. Das ist ja katastrophal. Ich weiß nicht, welchen Gefallen sich die Schweiz damit tun würde, wenn sie sich wirtschaftlich, zivilisatorisch und auch regulatorisch dem ausliefern würde. Und was die Meinungsfreiheit angeht, was dann dabei herauskommt, das haben wir ja jetzt ausführlich besprochen.*

Was nehmen Sie wahr in der EU, in Deutschland? Realisieren die Bürger langsam aber sicher, auf welchem Pfad man sich da begibt, was da los ist, warum man eben gewisse Sachen nicht mehr sagen darf? Realisieren das die Bürger? Was ist Ihr Eindruck?

*Man darf das alles. Also das ist jetzt natürlich sehr wage. Vieles, was Menschen glauben, was man nicht sagen darf, darf man sagen, und man sollte es sagen. Man sollte sich davon nicht einschüchtern lassen. Wie gesagt, für mich ist es leicht. Ich kann mich selbst verteidigen und muss mir keinen teuren Strafrechtler dann besorgen. Das mache ich selbst. Aber ja, natürlich, ich meine, mein letztes Buch war Nummer eins in den ganzen Bestseller-Listen. Hätte man ja nicht gedacht, dass ein Sachbuch über Sperrpraxis von Plattformen Nummer eins wird. Das hat folgenden Hintergrund: Die Meinungsfreiheit ist enorm im Bewusstsein der Bevölkerung präsent, und die Bevölkerung ist sich dem bewusst, und es ist ein ständiges, enorm bedeutendes Thema. Nur ist die Frage: Man ist sich der Einschränkung, der staatlichen Übergriffe bewusst, aber was ist die Abhilfe?*

*Natürlich ist ein unbedingt wichtiger Punkt, es gab ja auch schon mal diese Chat-Kontrolle, die Sie einführen wollten in der EU. Das ist dann kurzfristig gescheitert, aber ich glaube, aufgegeben haben sie auch damit noch nicht, dass alles überwacht wird, was an Chats auf den Plattformen hin und her geht. Das muss man sich mal vorstellen, allein so eine Idee zu haben. Aber öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Und bei den Wahlen ist es natürlich schwierig. Man würde an die FDP denken, eigentlich von ihrer politischen Verfasstheit, aber vielleicht kann Herr Kubicki das noch retten. Ich sage jetzt nicht, wählt die FDP, dann wird alles besser? Das sage ich nicht. Aber welche Partei hat einen so freiheitlichen Geist in Deutschland? Keine, das man sagen kann, da müssen wir hingehen, dann ist die Meinungsfreiheit sicher, die werden da alles durchziehen. Das ist von ihrer liberalen Verfasstheit sicher die FDP, aber was die abgeliefert hat, ist ja in den letzten Jahren ziemlich erbärmlich gewesen. Die anderen Parteien interessiert die Meinungsfreiheit nicht. Das interessiert diese Leute nicht. Die interessiert die Abschaltung von Machtkritik, weil sie auf dem freien Arbeitsmarkt und sonst wo keinen Job kriegen würden. Wer würde denn Lars Klingbeil anstellen? Ich bitte Sie. Welchen Beruf soll der ausüben außerhalb seiner? Und das gilt ja für viele andere Leute, die hätten auf dem normalen Arbeitsmarkt allesamt keine Chance. Und darum wollen sie diesen Trog der Apanagen für sich erhalten, indem sie das,*

*was diese Macht gefährdet, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – auch europaweit, haben Sie ja gesehen in Ungarn. Orbán wurde gewählt und jetzt wurde abgewählt, hat gratuliert und hat das Feld dem Wahlsieger überlassen. Frau von der Leyen, die das verglichen hat mit der Sowjetdiktatur mit zig Millionen Toten, Unterdrückung, Ermordung, Folter, sibirischen Gefangenenlagern – das hat sie mit Orbán vergleichen. Was für eine geschmacklose, geschichtsvergessene Frau.*

Herr Steinhöfel, vielen Dank für die Ausführungen, auch wenn sie brutal sind, hoffentlich auch wahrüttelnd. Vielen Dank für das Gespräch und bis zum nächsten Mal.

*Immer gerne, lieber Herr Zeller*

[Nahezu wortgetreues Transkript per Youtube und Grok]